

FBP besorgt über steigende Staatsausgaben, VU kontert: «Finanzpolitische Selbstkritik»

Die FBP will eine andere finanzpolitische Grundhaltung an den Tag legen als die aktuelle Regierung. Das kann die VU nicht stehen lassen.

David Sele

Die FBP hat am Mittwoch den inhaltlichen Wahlkampf eröffnet. Als erstes Thema wählte sie dafür die Staatsfinanzen. Das Versprechen an die Wähler: Keine Steuererhöhungen und keine Steuersenkungen. Die wegen des Zollvertrages unumgängliche Mehrwertsteuererhöhung soll zur Finanzierung der AHV genutzt werden. Etwaige Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer sollen auf anderem Wege zurück an die Unternehmen fliessen. Und die Staatsausgaben will die FBP kritisch hinterfragen, unterscheiden zwischen «must-have» und «nice-to-have». «Darin werden wir uns unterscheiden von der aktuellen Regierung, wenn wir die Hauptverantwortung bekommen», sagte Regierungschefkandidat Ernst Walch am Mittwoch vor den Medien.

VU entlässt FBP nicht aus der Verantwortung

Politisch zielt die FBP mit der Kritik am Finanzgebahren auf den Koalitionspartner VU, der zugleich der wohl wichtigste Gegner im Wahlkampf ist. So wurde mehrfach betont, dass die Handhabung des Finanzhaushaltes sich ändern werde, wenn Ernst Walch Regierungschef und damit Finanzminister werden sollte. Dieser Posten ist aktuell von der VU besetzt. Und auch wenn der aktuelle Regierungschef Daniel Risch bei den

Wahlen 2025 nicht mehr antritt, schien die Breitseite der FBP in der VU-Parteizentrale als solche angekommen zu sein. Wenige Stunden nach der Kommunikation der FBP wandte sich die VU mit einer ausführlichen Stellungnahme an die Medien. Darin wird einerseits festgehalten, dass der Staatshaushalt nicht so schlecht dasteht, wie es die FBP suggeriert. Achtsamkeit sei zwar bei wiederkehrenden Ausgaben geboten. Anders sehe es bei Investitionen aus. «Mit prognostizierten Reserven von rund 2,95 Milliarden oder eben 2950 Millionen Franken per Ende 2024 hat das Land ausreichend Reserven auch für grössere Investitionen», heisst es in der Stellungnahme aus dem Wilhelm-Beck-Haus.

Andererseits will die VU die FBP nicht aus der Verantwortung entlassen, wenn diese die Ausgabenpolitik der vergangenen vier Jahre kritisiert. Sie verweist auf die Finanzhoheit des Landtages und das Abstimmungsverhalten der FBP-Fraktion, welches keinen grossen Sparwillen erkennen lasse. «Beispielhaft sei die Erhöhung des Staatsbeitrags an das Symphonieorchester Liechtenstein (SOL) auf 500 000 Franken erwähnt. Präsident des SOL war damals der Regierungschefkandidat der FBP, Ernst Walch», erlaubt sich auch die VU eine Breitseite gegen die Wahlkonkurrenz. Zusammenfassend betitelt die VU die Positionierung der FBP schliesslich als



Regierungschefkandidat Ernst Walch (r.), Parteipräsident Alexander Batliner (Mitte) und Landtagskandidat Sascha Quaderer präsentierten erste Positionen aus dem Wahlprogramm. Bild: D. Schwendener

«finanzpolitische Selbstkritik», die vom «Wunsch nach <grosser Schlagzeile> und von wenig finanzpolitischem Sachverstand» zeuge.

Sachaufwand, Investitionen und Personalkosten

Konkrete Massnahmen, um die Ausgaben des Staates zu reduzieren, konnte die FBP am Mittwoch zwar noch nicht präsentieren. Dies sei aber auch nicht die Idee des Wahlprogramms. Folglich zeigt die Bürgerpartei in groben Zügen auf, wie die

identifizierte Fehlentwicklung gestoppt werden soll.

Ins Visier genommen wird demnach der Anstieg des Personalbestandes bei der Landesverwaltung. Dieser soll gebremst werden. «Wir werden die Notwendigkeit neuer Gesetze und Regulierungen kritisch prüfen, damit die Bürger und Bürgerinnen, die Unternehmen sowie die Verwaltung entlastet werden», schreibt die FBP. Man werde «Überregulierungen auflösen, Bürokratie abbauen und Doppelspurigkeiten

ausmerzen», heisst es weiter. Verwaltungsinterne Verfahren sollen gestrafft und somit beschleunigt werden. Die Qualität der Landesverwaltung soll von innen gestärkt und die Ausgaben für externe Berater massiv reduziert werden. Weiters verspricht die FBP, den prognostizierten Anstieg beim Sachaufwand zu reduzieren. «Es gilt alle Positionen zu überprüfen, Abstriche vorzunehmen und sich auf Schwerpunkte und Wichtigkeit zu konzentrieren, Prioritäten zu setzen und diese

zeitlich zu ordnen. Nicht zwingend notwendige Ausgaben werden wir streichen oder zeitlich nach hinten verschieben», so die FBP.

Und auch Investitionen, welche vom Landtag noch nicht beschlossen wurden, jedoch von der Regierung in den kommenden Jahren geplant sind, müssten auf ihre Notwendigkeit und Wichtigkeit, aber auch hinsichtlich ihrer Richtigkeit hinterfragt und falls sinnvoll gestrichen werden. Zugleich hält die FBP aber auch fest, dass Investitionen in «Zukunftsprojekte» wie Infrastruktur, Digitalisierung und Energieversorgung weiterhin eine hohe Priorität hätten.

Was gestrichen werden soll, ist noch unklar

Was für die FBP hingegen eine geringe Priorität hat, blieb in der Medienkonferenz am Mittwoch auch nach mehrmaligem Nachhaken offen. Dennoch wollte sich Regierungschefkandidat den Vorwurf, es könnte sich lediglich um Lippenbekenntnisse handeln, nicht gefallen lassen. Die FBP bekenne sich dazu, die Staatsausgaben zu evaluieren, um in schlechteren Zeiten grössere Sparübungen vermeiden zu können. Dies sei die finanzpolitische Grundhaltung, die die Bürgerpartei anwenden wolle, sofern sie die Wahlen gewinnt. «Wo genau wir diese Grundhaltung angewendet haben, können Sie in ein, zwei Jahren fragen», sagte Ernst Walch.